

Substanzielles Protokoll 94. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. März 2016, 20.30 Uhr bis 23.45 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Guido Hüni (GLP), Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-------------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 7. | 2014/336 | Weisung vom 29.10.2014:
Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan
Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den
Regierungsrat | VHB
VTE
VIB |
| 9. | 2016/83 | A Postulat von Roger Liebi (SVP) und Peter Schick (SVP) vom
16.03.2016:
Erstellung einer Schnellbahn/U-Bahn unter Gegenüberstellung
der Kosten und des volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens | VIB |
| 10. | 2016/84 | E Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss
(Grüne) vom 16.03.2016:
Kommunaler Siedlungsrichtplan, Erarbeitung der Grundlagen
zur Konkretisierung und Sicherung der im Regionalen Richtplan
festgelegten Vernetzungskorridore | VTE |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 92, Beschluss-Nr. 1792/2016)

Beschlüsse:

Wortmeldungen zum Postulat GR Nr. 2016/84:

Gabriele Kisker (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1750/2016): *Vernetzungskorridore bilden ein Raster über das Stadtgebiet. Sie sind für eine ausreichende Durchlüftung, Verbesserung und Stabilisierung des Stadtklimas massgeblich. Die im regionalen Richtplan enthaltenen schematischen Linienführungen sind nicht ausreichend differenziert und es fehlen konkrete Planeintragungen. Wir haben versucht, im Rahmen des Richtplans die Planeintragungen einzubringen. Die Verwaltung hat uns klar dargelegt, dass es falsch ist, dies auf dieser Ebene anzugehen. In einem Fall ging es darum, dass man noch nicht weit genug ist, um die Vernetzungskorridore so genau einzutragen zu können. Deshalb möchten wir, dass das Thema nicht in Vergessenheit gerät und im kommunalen Richtplan erneut eingebracht wird. Es ist wichtig, dass die Vernetzungskorridore planungstechnisch und inhaltlich klar definiert werden. Die schmalen Spuren, die durch die Stadt führen, sichern die Durchlüftung und sind auch für die Biodiversität sehr wertvoll. Sie bieten Raum für Vögel und andere Tiere.*

Stefan Urech (SVP) begründet den Ablehnungsantrag: *Ich habe Verständnis dafür, dass Gabriele Kisker (Grüne) Angst hat, dass das Anliegen in Vergessenheit gerät. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass dies nicht passiert.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 33:

Gabriele Kisker (Grüne): *Für das Klima in der Stadt ist nicht nur Grünraum wichtig, sondern auch das Versickerungspotential. Die Versiegelung muss minimiert werden. Die im Richtplan gewählte Formulierung ist verwirrend und führt nicht zum Erhalt unversiegelter Flächen, sondern zu einem immer höheren Versiegelungsgrad ohne Kompensation. Gerade wegen der Erhitzungsproblematik ist bei einer weiteren Verdichtung der Versiegelungsgrad minimal zu halten. Dies kann mit verschiedenen Mitteln erreicht werden. Entweder erfolgt der Ausgleich durch Realkompensation in der näheren Umgebung oder vor Ort durch die Begrünung von Fassaden und Dächern. Der geänderte Text soll die Möglichkeiten aufnehmen und den Versiegelungsgrad real gering halten.*

Michael Baumer (FDP): Es geht laut Befürwortern darum, neue Möglichkeiten aufzuzeigen. Es geht um den Anspruch, die unversiegelten Flächen absolut zu erhalten. Eine absolute Umsetzung ist aber nicht möglich. Man müsse dies in einem bestimmten Radius ausgleichen, sagen die Befürworter. Dies ist nicht in jedem Fall möglich, weil die Flächen nicht vorhanden sind. Davon abgesehen ist ein solcher Ausgleichsmechanismus nicht vorgesehen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 34:

Markus Knauss (Grüne): Michael Baumer (FDP) verlangte neue Ideen. Wir bringen einen neuen Begriff in die Grünraumdiskussion ein, nämlich den Begriff des Grünvolumens im kompakten Stadtkörper. Zunächst möchte ich auf die Begriffsdefinition eingehen. Das Grünvolumen bezeichnet das oberirdische Volumen des Grünraumes aller Pflanzen, die auf einer bestimmten Grundfläche stehen. Es handelt sich um eine dreidimensionale Kerngrösse. Wir haben bereits über die positiven Wirkungen eines erhöhten Grünvolumens geredet. Wir erhoffen uns, dass sorgfältig mit Grünflächen umgegangen wird. Es ergeben sich durch den Begriff durchaus auch interessante neue Fragestellungen. Dies kann besonders für Stefan Urech (SVP) interessant sein, der nun einen Mammutbaum schützen möchte. Wenn jetzt ein grosser Baum gefällt wird, dann kann dieser nicht einfach ersetzt werden, weil sein Grünvolumen durch eine Neuanpflanzung nicht ersetzt wird. Es ist nicht ausgeschlossen, grosse Bäume zu fällen, aber man muss sich unbedingt mehr Gedanken dazu machen.

Michael Baumer (FDP): Vielleicht ist mein grosses Abstraktionsvermögen ein Nachteil. Wenn ich mir die entsprechenden Punkte anschau und dies analog umsetze, erkenne ich keinen nennenswerten Unterschied. Wir können so nur den Klimawandel erwähnen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 35:

Gabriele Kisker (Grüne): Hier geht es nun um die Massnahmen. Oft sind die Zielsetzungen schon definiert, aber die Massnahmen fehlen. In diesem Antrag soll nicht nur für unterversorgte Gebiete eine qualitative Verbesserung der Freiräume geschaffen werden, sondern auch eine Ausdehnung auf Gebiete mit hoher Wärmebelastung erreicht werden. In Gebieten, in denen ein hoher Versiegelungsgrad herrscht und dadurch das Wärmepotential im Sommer steigt, soll geschaut werden, dass Grünfreiräume oder versiegelungsfreie Flächen geschaffen werden.

Peter Schick (SVP): Uns genügt der Ursprungstext, der im Richtplan enthalten ist. Gebiete mit hoher Wärmebelastung aufzulisten, bedeutet, dass in der Innenstadt, in der kaum Grünflächen vorhanden sind, Massnahmen eingeleitet werden müssen. Dies ist nicht sinnvoll.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 36:

Gabriele Kisker (Grüne): Hier geht es um die Pocket-Parks. Die Zielvorgaben zur Qualität und Versorgung mit Grünraum spiegeln sich nicht in den ausformulierten Massnahmen. Es ist oft der Fall, dass die Zielvorgaben gemacht sind, aber die Massnahmen fehlen oder auf eine andere Planungsstufe verschoben werden. Ausgerechnet hier, wo wir zielgerichtete Handlungsanweisungen für die nächsten 25 Jahre formulieren und Raumsicherungen schaffen könnten, wird konstant auf die untere Planungsstufe verwiesen. Wir können hoffen, dass das Wunder der kommunalen Richtplanung eintritt. Mit diesem Antrag sollen zumindest in kleinem Umfang Massnahmen eingeleitet werden, die Grünraum ermöglichen. Es geht um grüne Kleinstflächen, so genannte Pocket-Parks. Es kann sich um Baumgruppen, Randrabatten oder kleine unversiegelte Flächen

handeln. Es geht nicht darum, die Flächen zu sichern, sondern auch Einzelinitiativen von Privaten zu ermöglichen, sich daran zu beteiligen.

Mario Mariani (CVP): Es handelt sich um einen unnötigen Antrag. Der vorhergehende Antrag, der vermutlich eine Mehrheit finden wird, deckt alles Wesentliche ab. Dazu kommt, dass die Pocket-Parks nicht für den regionalen Richtplan relevant sind. Ich habe keine Grössenangaben gefunden, ab wann sich eine Grünfläche Pocket-Park nennen darf. Eine Blumenkiste auf dem Balkon kann auch ein Mini-Pocket-Park sein.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 37:

Gabriele Kisker (Grüne): Hier geht es wieder um die ökologische Vernetzung. Die Zielsetzung der ökologischen Vernetzung ist inhaltlich zu wenig greifbar und soll ergänzt werden. Im Rahmen der Verdichtung gehen wertvolle Baumbestände in den Vernetzungskorridoren verloren. Sie werden durch Monokulturen oder nicht einheimische Pflanzen und Gewächse ersetzt. Diese Pflanzen sind jedoch wichtige Trittplätze der inneren Vernetzungskorridore. Sie bieten eine grosse Plattform für Biodiversität. Die Baumbestände sind zu erhalten und zu erweitern. Die Korridore sind naturnah mit einheimischen Gewächsen zu gestalten.

Michael Baumer (FDP): Wir erachten es nicht als sinnvoll, im Richtplan die genaue Ausgestaltung der Vernetzungskorridore festzuschreiben. Es wird der Eindruck erweckt, es handle sich um ein Grünraumband, das in Hauptstrassenbreite durch die Stadt hindurchführt. Dies ist nicht zutreffend. Man muss an den einzelnen Orten schauen, wie dies umgesetzt werden kann. An manchen Orten sind Bäume sinnvoll, an anderen weniger. Dort, wo Strassen in der Nähe sind, geht es nicht einmal um einheimische Bäume. Die Natur ist zu vielfältig für regionale Vorschriften. Man sollte vor Ort Abklärungen treffen. Dies sollte allenfalls in einen kommunalen Richtplan aufgenommen werden.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 38:

Gabriele Kisker (Grüne): Hier geht es um die Ergänzung der Vernetzungskorridore im bestehenden Raster. Das Raster ist quer und längs über die ganze Stadt gelegt. Nichtsdestotrotz erkennen wir zwei Orte, an denen Lücken bestehen. Es geht einerseits um das Gebiet Rigiblick–Riedtli–Üetli–Quartier. Dort gibt es eine grössere Fläche ohne Grünkorridor. Andererseits sollte das Sagentobel ergänzt werden.

Michael Baumer (FDP): Es wurde gesagt, dass die Korridore bereits im Antrag des Stadtrats eingetragen sind. Aus unserer Sicht sind sie ausreichend. Namentlich sollte beim Korridor Rigiblick ein Korridor und keine Sackgasse oder ein zurückführender Halbkreis entstehen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir haben wiederholt gehört, man wolle die Menschen vor der Erwärmung in der Stadt schützen. Namentlich will man dort, wo das Wärmepotential besonders hoch ist, Pocket-Parks schaffen. Wurde genau spezifiziert, bei welchen Gebäuden die Temperaturen zu stark steigen? Logischerweise wird es bei hohen, bestehenden Gebäuden heiss. Dasselbe gilt für sonnenexponierte Gebäude und teilweise auch für die Innenstadt. Es wäre vorstellbar, dass die Kriterien für das Zentrum der Stadt zutreffen würden. Mich würde interessieren, wie in der Altstadt Pocket-Parks gepflanzt werden sollen. Wenn man schaut, wie früher in der Innenstadt gebaut wurde, dann sieht man, dass das ohne Grünflächen gemacht wurde. Die Strassenzüge waren durchlüftet. Dies hat mehr genutzt, als einzelne Bäume oder Pflanzen, die an den Wänden hochzie-

hen. Es besteht ein permanentes Dilemma zwischen dem Wachstum und dem Korrekturbedarf. Dies soll jetzt mit Pflanzen korrigiert werden. Jemand, der neu baut, muss Pflanzen an seinem Gebäude dulden. Ich weiss nicht, wie die Steuereinnahmen aufrecht erhalten werden können. Es wird offenbar, dass eine Pflästerchenpolitik weitergeführt wird. Das Sagentobel soll nun gerettet werden. Ich bin gespannt, wie beispielsweise mit der Zooseilbahn in Bezug auf das Sagentobel umgegangen wird.

Michael Schmid (FDP): Auch in dieser Sitzung haben wir über die Pocket-Parks gesprochen. Ich habe mittlerweile begriffen, was damit gemeint ist. Früher bezeichneten wir diese Grünflächen als Rabatten. Es gibt gewisse Voten, die man in einer ruhigen Minute nochmals hören muss. Ein Favorit von mir ist das Votum von Markus Knauss (Grüne), in dem er sich erstmals zu den Pocket-Parks geäussert hatte. Er fordert mehr Pocket-Parks wegen des Klimawandels, wegen der steigenden Anzahl der Tropennächte, wegen der Leute, die in der Stadt bei 20 Grad nicht mehr so gut schlafen können.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich habe mich schlaue darüber gemacht, was überhaupt ein Stadtklima ist. Laut WMO wird ein Stadtklima als ein gegenüber dem Umfeld verändertes Lokalklima definiert. Ich habe weiterrecherchiert und geschaut, ob es Faktoren gibt, die für Abkühlung sorgen. Die wichtigsten Ursachenfaktoren für die Abkühlung eines lokalen Stadtklimas sind die Strömungsluft von Flüssen und Bächen, das Kanalnetz und U-Bahnen und schliesslich die dichte und hohe Oberflächenbebauung. Über Pocket-Parks habe ich nichts gelesen, auch wenn diese möglicherweise auch einen Einfluss auf das Klima ausüben.

Markus Knauss (Grüne): Ich möchte eine Bemerkung zum Votum von Michael Schmid (FDP) machen. Er machte sich lustig und sagte, wir hätten keine grösseren Probleme. Grünflächen haben auch eine gesundheitspolitische Relevanz. Wenn mehrere Tropennächte aufeinander folgen, sterben Menschen vorzeitig. Dies betrifft vor allem die ältere Bevölkerung. Darüber muss man sich nicht lustig machen.

Michael Baumer (FDP): In letzter Konsequenz wird dem Stadtrat vorgeworfen, dem nicht nachzukommen. Es ist erstaunlich, weil eine grüne Stadträtin in dieser Angelegenheit federführend war. Dem stadträtlichen Antrag können wir folgen.

Roger Liebi (SVP): Der Umkehrschluss von Markus Knauss (Grüne) wäre, dass diejenigen, die gegen die Zunahme an Pocket-Parks sind, in Kauf nehmen, dass mehr Leute sterben. Diese Unterstellung ist eine Frechheit.

Thomas Schwendener (SVP): Markus Knauss (Grüne), am besten würden wir in den Altersheimen die Lifte schliessen, dann müssten die Leute in den Heimen Treppen steigen und würden daran sterben.

Änderungsantrag 27 zu Kap. 2.1.2 Karteneinträge / Tabelle 2.1 Differenzierung der Stadtstruktur / Durchgrünter Stadtkörper

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Zielzustand:

[...] Die durchgrünten, meist privaten Aussenräume erfüllen ihre Funktion für die Erholung und das Stadtklima. In Verdichtungsgebieten sind zusammenhängende öffentliche Freiflächen und ökologische Vernetzungskorridore gesichert. In diesen Gebieten dominiert mehrheitlich die Wohnnutzung. [...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Änderungsantrag 28 zu Kap. 2.1.2 Karteneinträge / Tabelle 2.1 Differenzierung der Stadtstruktur / Kompakter Stadtkörper

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Zielzustand:

[...] Sowohl entlang der Strassenachsen als auch innerhalb der Gebiete besteht eine Vielfalt von Nutzungen. Die Sicherung des Frei- und Grünraumbedarf ist parallel zur angestrebten Dichte gewährleistet. Neben Erholungsraum und Aufenthaltsqualität von Strassenräumen, öffentlichen Plätzen, Parks und halbprivaten Innenhöfen sichern Pocket-Parks, vertikale Begrünungen und ökologische Vernetzungskorridore Kühlung und einen gut durchlüfteten Stadtkörper. Öffentliche Plätze und Pärke sowie halbprivate Innenhöfe bieten Erholungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Änderungsantrag 29 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren / Nr. 5 Zürich-Albisrieden / Letzi

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Nutzung

- Potenzial für Ausbau Wohnen, Dienstleistung, Quartiersversorgung, produzierendes Gewerbe und Industrie erhalten und nutzen
- Freiflächen erhalten, aufwerten und neue schaffen.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Änderungsantrag 30 zu Kap. 2.4.1 Ziele / a) Erhaltung des baulichen Grundmusters der Jahrhundertwende

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

In den an die Innenstadt angrenzenden Gebieten mit ihrer urbanen Nutzweise und zumeist hohen Dichte wird das bauliche Grundmuster inklusive der Frei- und Grünflächen (namentlich Parkanlagen, Innenhöfe, Vorgärten) so erhalten, wie es in der Zeit der grossen Stadtentwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entstanden ist.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu.

Änderungsantrag 31 zu Kap. 3.1.1 Ziele / b) Erhalt, Schaffung und Verbund von Freiräumen für die Erholung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Die gute Versorgung der Zürcher Bevölkerung mit öffentlichem Freiraum ist dauerhaft gewährleistet. Dies gilt insbesondere in den (nachverdichteten) innerstädtischen Siedlungsgebieten, in denen bestehende Freiräume aufgewertet und neue geschaffen werden (s. Abb. 3.2). Verbindungen der Grünflächen durch Vernetzungskorridore sichern eine gute Durchlüftung der stark verdichteten Quartiere (s. Abb. 3.2. und Abb. 3.9) und bieten gleichzeitig hohe Aufenthaltsqualität.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

1806. 2016/84

Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 16.03.2016: Kommunalen Siedlungsrichtplan, Erarbeitung der Grundlagen zur Konkretisierung und Sicherung der im Regionalen Richtplan festgelegten Vernetzungskorridore

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gabriele Kisker (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1750/2016).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Wortmeldungen siehe Anträge 27–38

Das Postulat wird mit 80 gegen 41 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Änderungsantrag 33 zu Kap. 3.1.1 Ziele / d) Erhalt und Förderung unversiegelter Flächen

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Unversiegelte Flächen werden ~~wenn möglich, und soweit dies mit anderen Zielen der Richtplanung vereinbar ist,~~ erhalten oder ökologisch in einem zu bestimmenden Radius ausgeglichen. Die Kompensation kann durch ökologische Ausgleichsflächen horizontal oder vertikal vorgenommen werden. Die Zunahme der Bodenversiegelung wird gering gehalten.

[...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Änderungsantrag 34 zu Kap. 3.1.1 Ziele / Neuer Absatz f) (bisheriger Absatz f wird zu Absatz g)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

f) Um die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung gering zu halten, wird im kompakten Stadtkörper das bestehende Grünvolumen möglichst erhalten und neue Grünvolumen geschaffen.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Änderungsantrag 35 zu Kap. 3.1.3 Massnahmen / b)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

In Gebieten, die bereits heute oder aufgrund der Nachverdichtung mit Freiräumen unterversorgt sind bzw. eine hohe Wärmebelastung aufweisen, werden bestehende Freiräume für die Erholung aufgewertet oder neue öffentliche und multifunktionale Freiräume (z.B. Pärke) geschaffen (Flächenerwerb, Sicherung in Arealentwicklungen usw.). [...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

Änderungsantrag 36 zu Kap. 3.1.3 Massnahmen / Neuer Absatz c) (bisheriger Absatz c wird zu Absatz d)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

c) Die Stadt Zürich schafft auf dem gesamten Stadtgebiet, speziell aber in den Verdichtungsgebieten oder in Gebieten, die gemäss Klima-Analyse Problemgebiete sind, Pocket-Parks oder unterstützt private Initiativen zu Schaffung solcher Parks.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 46 Stimmen zu.

Änderungsantrag 37 zu Kap. 3.7.1 Ziele / a) Ökologische Vernetzung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die ökologische Vernetzung innerhalb des Stadtkörpers und mit den die Stadt umgebenden Lebensräumen ist (regionsübergreifend) gewährleistet. In allen Vernetzungskorridoren sind Baumbestände möglichst zu erhalten oder zu erweitern, und eine einheimische, naturnahe Bepflanzung wird angestrebt.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Änderungsantrag 38 zu Kap. 3.7.2 Karteneinträge / Abb. 3.9 Landschaftliche und ökologische Vernetzung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Ergänzung der ökologischen Vernetzungskorridore mit zwei weiteren Einträgen:

- Rigiblick-, Rietli-, Uniquartier/ Unispital
- Sagentobel

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Erholungsräume für alle (Anträge 39–40)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 39:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Hier geht es um Erholungsräume. Unsere Wald- und Grünräume sind nicht nur eine Freizeitarena für unterschiedliche Sportarten und Outdoor-Aktivitäten. Sie sind auch ein Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Eine grössere Bevölkerungsdichte wird die bereits bestehenden Nutzungskonflikte in diesen Räumen verschärfen. Ein Beispiel hierfür ist der Konflikt zwischen Spaziergängern und Mountainbikern. Es werden Massnahmen getroffen, um die unterschiedlichen Freizeitbedürfnisse konfliktfrei befriedigen zu können. Diese Anstrengungen werden wir in den kommenden Jahren benötigen, weil die Anforderungen an unsere Naherholungsgebiete kaum abnehmen werden. Dabei darf kaum vernachlässigt werden, dass die unterschiedlichen Aktivitäten ein unterschiedliches Einflusspotential auf den Lebensraum von Tieren und Pflanzen haben können. Die Nutzung des Naherholungsraums soll so gestaltet werden, dass sie Platz für die unterschiedlichen menschlichen Ansprüche bietet, jedoch der Negativeinfluss menschlicher Aktivitäten auf die Biodiversität begrenzt wird.*

Peter Schick (SVP): *Wir halten uns hier an die Begründung des Stadtrats, der diesen Antrag ablehnt. Im Originaltext des Richtplans wurde dies ausführlich beschrieben. Es wird Rücksicht genommen. Die Stadt besitzt viele Erholungsräume und mit dem Velo kann man auch rausfahren und befindet sich rasch in einem Grünraum.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 40:

Markus Knauss (Grüne): *In der Stadt gibt es durchaus Ressourcen für die Erholung. Dies betrifft den Strassenraum. Wir sehen hier Potential für kleinere Aufwertungen. Es*

gibt zu viel Beton. Man könnte Rabatten einrichten, Büsche pflanzen oder Bänke aufstellen. Es gibt viele Möglichkeiten. Dieser Vorstoss ist pragmatisch. Es gibt einfache, kleine Lösungen, die zu einer verbesserten Erholungsfunktion beitragen können.

Roger Liebi (SVP): *Wir sind der Ansicht, dass dies bereits durch den Antrag des Stadtrats geregelt ist.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *Zum Antrag 39 habe ich eine Frage an Gabriele Kisker (Grüne), die Mitglied im Verein Pro Üetliberg ist. Ich möchte Sie im Zusammenhang mit diesem verlangten Eintrag fragen, ob Sie der Meinung sind, dass die Biker-Trails für die Biodiversität verträglich sind? Konsequenterweise müssten an diesen Biker-Trails Abstriche gemacht werden. Diese haben massiven Einfluss auf die Biodiversität in den entsprechenden Abschnitten.*

Änderungsantrag 39 zu Kap. 3.3.1 Ziele / a) Erholungsräume für alle

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Stadt Zürich verfügt über vielfältige, gut erreichbare Erholungsräume von hoher Qualität für unterschiedliche Freizeit- und Erholungsaktivitäten für alle Bevölkerungsgruppen. Den verschiedenen Nutzungsansprüchen und der damit verbundenen Multifunktionalität der Erholungsräume sowie deren Einfluss auf die Biodiversität ist Rechnung zu tragen. [...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen zu.

Änderungsantrag 40 zu Kap. 3.3.1 Ziele / a) Erholungsräume für alle

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Stadt Zürich verfügt über vielfältige, gut erreichbare Erholungsräume von hoher Qualität für unterschiedliche Freizeit- und Erholungsaktivitäten für alle Bevölkerungsgruppen. Neben einer die Stadt umgebenden attraktiven Landschaft sind dies Plätze, siedlungsorientierte Strassenräume, Pärke, Sport- und Freizeitanlagen im Quartier und am Siedlungsrand.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Allmend (Anträge 41–42)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 41:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Ich werde zu beiden Anträgen sprechen. In dieser Grünraumdebatte wurde behauptet, es sei nicht mehr Grünraum möglich, wir müssten uns auf den bestehenden Grünraum beschränken. Im Rahmen des privaten Gestaltungsplans Dolder-Waldhaus im November 2014 hat die Dolder AG ihre Visionen der künftigen Nutzung des Grünraums am Adlisberg aufgezeigt. Die Dolder-AG hat sich offenbar vorgenommen, die verschiedenen für ihr Umfeld relevanten Freizeitbedürfnisse zu modernisieren. Dies betrifft unter Anderem das Bad, das Eisfeld und den Golfplatz. Die raumwirksamen Entwicklungsbegehren des Dolders sind unterschiedlich geregelt. In einige haben wir Einblick, in andere, so beispielsweise den Pachtvertrag, nicht. Verschiedene Fraktionen haben in dieser Weisung zum Dolder Waldhaus eine Begleitmotion eingereicht, die einen Masterplan forderte. Dass die Dolder-AG dieses Gebiet für seine Bedürfnisse nutzen soll, wird nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil, es wird über die Quartierbevölkerung hinaus geschätzt, dass man am Adlisberg Schlittschuh laufen oder baden kann. Uns wurde zugesichert, dass diese Angebote in Zukunft einem breiten Publikum zur Verfügung stehen werden. Eine verdichtete Stadt braucht genügend Platz für alle. Die Gebietsdefinition als Allmend ist für diesen wichtigen Erholungsraum richtig.*

Michael Baumer (FDP): *Wir sind nicht gegen mehr Freiraum. Die Forderung nach Freiraum ist im Richtplan enthalten. Der Antrag ist bereits berücksichtigt. Es ist eine angemessene Fläche für Erholung und Natur freizuhalten. Es geht in diesem Antrag massiv darum, dafür zu sorgen, dass sich die Dolder-AG zu viele Gedanken um ihre Umgebung macht.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 42:

Wortmeldungen zur Begründung der Kommissionsmehrheit/-minderheit siehe Änderungsantrag 41

Änderungsantrag 41 zu Kap. 3.3.2 Karteneinträge / Tabelle 3.2 Funktionen der besonderen Erholungsgebiete / Nr. 25 Vorderer Adlisberg

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Sport, Allmend

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Änderungsantrag 42 zu Kap. 3.3.2 Karteneinträge / Tabelle 3.2 Funktionen der besonderen Erholungsgebiete / Nr. 26 Dolder

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Sport, Allmend

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 46 Stimmen zu.

Rebberg Fluntern

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 43:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir haben bereits mehrfach diskutiert, dass das Quartier Fluntern sich einen Rebberg wünscht, den es gemeinschaftlich und nach ökologischen Kriterien bewirtschaften will. Wir wollen diese Richtplandebatte nicht dazu nutzen, uns zu dieser Situation zu äussern. Wir hoffen, dass durch einen Eintrag langfristig Bewegung in die Angelegenheit kommt. Es bleibt zu hoffen, dass das im letzten Herbst eingereichte Postulat zu einer Lösung führt.*

Markus Knauss (Grüne): *Ich weiss nicht, ob es gut ist, durch einen regionalen Richtplaneintrag einen Eintrag im kommunalen Inventar aufzuheben. Bei diesem Rebberg handelt es sich um ein soziokulturelles Projekt. Ich habe gesehen, wer hinter diesem soziokulturellen Projekt steht. Wir haben in der Stadt, etwa 13,2 Hektare Rebberg und etwa 2,7 Hektare Magerwiesen. Magerwiesen stehen im Kanton unter Druck. Sie sind wertvoll. Wir haben dort 26 Hektare Magerwiesen, die ökologisch wertvoll sind. Wir sprechen uns für die Magerwiese aus.*

Änderungsantrag 43 zu Kap. 3.6.2 Karteneinträge / Tabelle 3.6 Landschaftsförderungsgebiete / Neue Nr. 9 Fluntern

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Nr. 9 Fluntern
Rebberg realisieren
Reben mit traditioneller Rebbergflora

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

Seerestaurant

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 44:

Roger Liebi (SVP): Hier geht es um eine Attraktion, die in der Stadt eingeführt werden könnte. Es besteht ein Bedürfnis danach. Es geht um einen Restaurationsbetrieb im See auf einem Floss. In anderen Städten mit Wasseranstoss gibt es dies gelegentlich, wie zum Beispiel in Wien. Der See kann in Stadtnähe genutzt werden. Am See gibt es wenige Möglichkeiten für Restaurationsbetriebe, im See wäre ein Restaurant eine Attraktion. Es wird hier viel über die Attraktivität der Stadt gesprochen. Ich kann nicht erkennen, warum dies im Richtplan nicht enthalten sein sollte. Es gibt Leute, die ein solches Restaurant betreiben wollen, es gibt Leute, die ein Restaurant im See besuchen wollen.

Gabriele Kisker (Grüne): Es ist schön, eine Attraktion zu haben. Es gibt materielle Auflagen im Richtplan. Man kann nicht alles in den Richtplan einbringen. Erstens stellt sich die Frage, ob Bedarf besteht. Dieser ist nicht gegeben. In der Umgebung gibt es etliche Restaurationsbetriebe. Zweitens geht es um die Prüfung von Alternativstandorten. Dies wurde nicht gemacht und es gibt auch keine Alternativstandorte für das Seerestaurant. Drittens muss der Vorstoss der Gesetzgebung entsprechen. Der Standort ist archäologisch wertvoll, deshalb ist der Vorstoss mit den Natur- und Heimatschutzgesetzen nicht vereinbar. Zudem besagt das Gewässerschutzgesetz, dass entlang von Gewässern nur standortgebundene, im öffentlichen Interesse liegende Nutzungen erlaubt sind. Das Interesse ist nicht standortgebunden. Es liegt auch nicht im öffentlichen Interesse. Man kann auch anderswo etwas trinken oder mit einem Schiff über den See fahren. Das öffentliche Interesse ist nicht mit der Wasserschutzpolizei zu vergleichen, die sich vor Ort befinden muss. Dieser Planeintrag ist nicht damit vereinbar, dass Verdichtung nach Innen propagiert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): In Wien kann man im Fluss nicht mehr baden. Wenn ich mich entscheiden muss, ob ich in einem Fluss baden oder essen will, entscheide ich mich für das baden.

Simon Kälin (Grüne): Der Seegrund als Baugrund ist nicht unproblematisch. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Hinterlassenschaften der Pfahlbauer erinnern. Die Pfahlbauten sind geschützt, ich möchte, dass diese erhalten bleiben können. Es ist nicht auszuschliessen, dass dort Grabungen erfolgen werden. Ich bitte Sie, den Denkmalschutz in Rechnung zu stellen.

Karin Weyermann (CVP): Die CVP hat sich mehrfach für Restaurants am See eingesetzt und setzt sich nun auch für Restaurants auf dem See ein. Wir sehen das öffentliche Interesse als gegeben. Die Gastronomie am See ist wertvoll. Selbstverständlich gibt es in der ganzen Stadt Gastronomiebetriebe. Am See ist dies jedoch speziell. Unsere Vorfahren haben auf dem See gebaut, vielleicht wäre auch für uns dieser Zeitpunkt gekommen.

Stefan Urech (SVP): Ich erinnere mich an die Kommissionsreise nach Rotterdam. Wir

haben uns an diesem Schiff auf dem Kanal erfreut und wir haben auch auf dem Schiff gegessen. Wir fanden dies alles toll. Die Position der Grünen ist sehr konservativ.

Roger Liebi (SVP): *Manchmal habe ich das Gefühl, dass manche Leute manches mit Absicht nicht lesen wollen. Wir reden über ein kleines Floss mit kleinem Restaurations- und Barbetrieb. Es ist unklar, wie dieses Floss die Pfahlbauten stören soll. An der Europeameisterschaft gab es ein Floss mit Restaurationsbetrieb. Die ZKB hat den Gemeinderat auf das Floss eingeladen und es hat uns allen gefallen. Damals war niemandem eingefallen, dass dieses Floss zur Verdichtung der Stadt beitragen würde. Dies ist absurd. Es wurden wahllos Begründungen für die Ablehnung aufgeführt, die Gründe sind nicht stichhaltig.*

Änderungsantrag 44 zu Kap. 3.9.2 Karteneinträge / Tabelle 3.9 Aufwertung See-/Flussufer / Neue Nr. A8

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

A8

Bellevue

Zürichsee, unteres Seebecken, Seite Bellevue, verbunden mit einer Brücke zum Ufer
Floss mit kleinem Restaurationsbetrieb und Barbetrieb

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 50 Stimmen zu.

Gesamtstrategie Verkehr

Michael Baumer (FDP): *Der Verkehr ist für die Siedlungsplanung wichtig. Die verschiedenen Nutzungsgebiete müssen miteinander verknüpft werden. Der Verkehr umfasst einen Viertel des Richtplans. Er ist in verschiedene Unterkapitel eingeteilt. Jetzt geht es um die Gesamtstrategie. Grundsätzlich ist zu bemerken, dass die Gesamtstrategie auf dem Gesamtverkehrskonzept von Stadt und Kanton beruht. Dieses stammt aus dem Jahr 2011. Ausserdem beruht sie auf der Gemeindeordnung und der daraus abgeleiteten Strategie Stadtverkehr 2025. Dies ist die Vorgabe, die vom Stadtrat für diese Weisung umgesetzt wurde. Der Richtplan umfasst ausdrücklich den Umstand, dass die Bedürfnisse sämtlicher Verkehrsteilnehmenden, der Wohnbevölkerung und der ansässigen Unternehmen berücksichtigt werden müssen. Das Verkehrswachstum soll mit öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr bewältigt werden, für den motorisierten Individualverkehr ist eine Kanalisierung auf dem übergeordneten Strassennetz vorgesehen. Im Antrag sind diverse Ausbauten im Netz des öffentlichen Verkehrs vorgesehen. Über die Stossrichtung besteht weitgehend Einigkeit, es gibt jedoch kleinere und grössere Nuancen. Das Ziel der Gesamtstrategie ist ein hoher Anteil an öffentlichem, Fuss- und Veloverkehr und keine Erhöhung der Kapazitäten beim motorisierten Individualverkehr. Wir behandeln bei diesem Thema die Anteile der verschiedenen Verkehrsträger. Der*

Stadtrat sieht vor, dass der Anteil des öffentlichen Verkehrs auf 45 % erhöht wird, die Velofahrten sollen bis 2025 verdoppelt werden.

Christine Seidler (SP): *Mobilität ist ein Bedürfnis. Dies ist unbestritten. Der Mensch konsumiert sie und stellt Anforderungen an die Qualität der Mobilität. Bei der Idee der Entwicklung eines städtischen Verkehrssystems, das mit dem wesensgerechten Einsatz der Verkehrsmittel gewährleistet ist und gleichzeitig die negativen Auswirkungen minimiert, driften die Vorstellungen weit auseinander. Die Verkehrsplanung versucht sachliche Wege aufzuzeigen, wie die gesellschaftlichen Wertvorstellungen an die Mobilität in Zukunft umgesetzt werden können. Bei knappen Platzverhältnissen und zunehmenden Verkehrsbewegungen in einer Grossstadt, muss die Priorität auf den effizientesten und nachhaltigsten Verkehrsmitteln liegen. Diese Haltung wurde vom Stimmvolk mehrfach in Abstimmungen bestätigt. Der Stadtrat hat das Programm Stadtverkehr 2025 ins Leben gerufen, das in den nächsten Jahren Prioritäten setzen soll und die Wirkung der eingeschlagenen Entwicklung messen soll. Zum Thema Gesamtstrategie gibt es positive und negative Aspekte. Positiv ist, dass die bewährte Strategie der angebotsorientierten Verkehrsplanung in Bezug auf den motorisierten Individualverkehr in den Zielen der Richtplangesamtstrategie abgebildet ist. Die Realität ist, dass sich der Mobilitätsbedarf klar auf den Verbund ausrichtet und der Mobilitätsgrad abnimmt und immer weniger Haushalte ein Auto in der Stadt besitzen. Man findet eher einen Parkplatz zur Miete als eine Wohnung. Umso unverständlicher ist es, dass zum Missfallen der SP die Volksbegehren der Veloinitiative und Städteinitiative immer noch nicht erfüllt sind und der Stadtrat noch immer nicht vorankommt. Zürich soll eine velofreundliche und -sichere Stadt werden. Noch weniger verständlich ist, dass sich die VBZ stur an die Netzentwicklungsstrategie 2030 klammert, obwohl sich die Ausgangslage aufgrund kantonaler Vorgaben verändert hat. Noch trauriger ist, dass die VBZ in der differenzierten und engagierten Kommissionsarbeit mit Abwesenheit gegläntzt hat. Die VBZ erfüllt nicht den Anspruch an die Koordination von Siedlung und Verkehr. Beispielsweise werden 40 000 neue Bewohnerinnen in Altstetten erwartet und die Quartierbevölkerung ist in Affoltern umfassend gewachsen. Die Bereitstellung eines Trams und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr wäre eine Selbstverständlichkeit. Dies kann kaum gegenüber dem Kostenaufwand aufgewogen werden. In der Diskussion gibt es jedoch auch Lichtblicke. Wir freuen uns auf nicht nur mutige Diskussionen, sondern auf die Umsetzung von Seilbahnen als öffentliches Verkehrsmittel. Seilbahnen bedeuten aus unserer Sicht, dass Problemen mit bestens bewährten Methoden begegnet wird. Wir hoffen auf eine sachliche Debatte, die der Strategie der angebotsorientierten Verkehrsplanung entspricht. Unsere Anträge basieren auf Volksentscheiden, entsprechen dem rechtsgültigen Verkehrsrichtplan und erfüllen wichtige Voraussetzungen des Grundsatzartikels, Zürich als 2000-Watt-Gesellschaft zu prägen. Mobilität macht einen Drittel der 2000-Watt-Gesellschaft aus und bringt die entsprechende Nachhaltigkeit.*

Markus Knauss (Grüne): *In der Stadt gibt es immer mehr Leute, die hier wohnen, arbeiten und sich aufhalten. Natürlich kann man versuchen, neue Verkehrsflächen zu schaffen. Wir werden demnächst über einen Rosengartentunnel sprechen. Ich weiss nicht, was die Landbevölkerung dazu sagen wird. Über die Seilbahnen werden wir später sprechen. Sie sind jedoch nicht unproblematisch, auch wenn sie Möglichkeiten für neue Verkehrsflächen bieten. Die steigende Anzahl Autos auf dem städtischen Verkehrsnetz bei begrenzter Fläche ist nicht zielführend. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass das Auto im städtischen Verkehr das ineffizienteste Verkehrsmittel ist. Wir müssen uns fragen, wie wir flächeneffiziente Verkehrsmittel fördern können. Die Gemeindeordnung gibt uns gute Hinweise. Wir sollten nur das tun, was die Gemeindeordnung vorgibt. Den regionalen Richtplan sollten wir dazu nutzen, die Vorgaben der Gemeindeordnung konkret umsetzen zu können.*

Sven Sobernheim (GLP): Der Kanton hat den regionalen Richtplan zwei Mal geprüft und seine Meinung dazu abgegeben. Wenn wir uns diesen anschauen, erhalten wir den Eindruck, dass der Kanton den Langsamverkehr akzeptiert, ihm aber keine Flächen zur Verfügung stellen will. Gleichzeitig haben wir eine halböffentliche Debatte zum Masterplan Hochschulgebiet. Dort soll alles über den Fuss- und Veloverkehr erschlossen werden. Diese Diskrepanz beim Kanton ist bemerkenswert. Bei der Gesamtstrategie fehlt uns etwas. Wir reden darüber, dass Verkehrsträger benötigt werden. Warum sollte ein Auto oder ein Velo nur von einer Person genutzt werden? Wir bewegen uns in einer Zeit, in welcher der Besitz von Fahrzeugen der Vergangenheit angehört. Wir müssen über Sharing-Konzepte reden.

Michael Baumer (FDP): Unsere Stadt ist im Verlauf der Jahrhunderte gewachsen. Wir haben Verkehrsflächen. Wir können versuchen, neue Verkehrsflächen zu schaffen. Es gibt diverse Ideen. Wir verringern die Kapazitäten laufend. Dies ist nicht zielführend. Selbst, wenn alle Forderungen und Wünsche zur Entwicklung der Verkehrsträger umgesetzt werden, wird es bei steigenden Bevölkerungszahlen zu Problemen kommen. In absoluten Zahlen wird die Anzahl Autos weiter steigen. Schlussendlich müssen in dieser Stadt Menschen wohnen und arbeiten. Sie müssen mobil sein. Es gibt verschiedene Ansprüche. Pendeln ist mit dem öffentlichen Verkehr möglich. Der Gewerbeverkehr ist auf den motorisierten Individualverkehr angewiesen. Uns stört an diesem Richtplan, dass die negativen Folgen des Verkehrs aufgezählt werden, jedoch der Nutzen der Mobilität unter den Tisch fällt. Deshalb haben wir in diese Richtung Anträge gestellt. Man muss auf den Wirtschaftsstandort und auf die Bedeutung des Verkehrs hinweisen. Als Kommissionspräsident muss ich vehement bestreiten, dass sich die VBZ destruktiv in der Kommission verhalten habe. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, die Anträge zu stellen. Die VBZ war an den entsprechenden Sitzungen anwesend.

Markus Hungerbühler (CVP): Wir finden grundsätzlich das Unterkapitel sinnvoll. Wir sind der Ansicht, dass die Vorlage des Stadtrats ausgewogen ist und gute Ansätze enthält. Wir haben mit der links-grünen Seite Mühe, die unnötige Verschärfungen einbauen will. Es braucht visionäre Vorstösse. Wir werden das Postulat zu U-Bahnen unterstützen. Volksentscheide sollten akzeptiert werden, selbst wenn man im Vorfeld nicht dieser Meinung war. Wir werden den Volksentscheid zu Velos und zur 2000-Watt-Gesellschaft unterstützen. Grundsätzlich finden wir diesen Bereich gut und wir werden uns sehr pragmatisch verhalten.

Gesamtstrategie (Anträge 45–54)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 45:

Roger Liebi (SVP): Im Antrag des Stadtrats heisst es, das durch die Bevölkerungszunahme ausgelöste Mobilitätswachstum sei vollumfänglich mit dem öffentlichen sowie mit dem Velo- und Fussverkehr zu bewältigen. Der tatsächliche Eintrag im kantonalen Richtplan besagt, das Mobilitätswachstum sei durch einen hohen Anteil des öffentlichen Verkehrs zu bewältigen. Auf kurzen Distanzen und in dicht besiedelten Gebieten sei der Fuss- und Veloverkehr zu fördern. Dies entspricht dem Antrag der SVP. Die Anträge der SP und der Grünen haben aus meiner Sicht nichts damit zu tun, dass man sich aufeinander zubewegen wolle. Mit einem sachlichen Umgang mit dem Thema hat dies auch nichts zu tun. Wenn wir von den Zahlen von 2014 ausgehen, gab es einen Anteil des motorisierten Individualverkehrs von 50 %. Dies entspricht 193 000 Haushalten. Wenn man 50 % Autobesitzer annimmt, hat man 96 500 Autos in der Stadt. Wenn dies zutrifft, dass es 2030 500 000 Einwohner geben wird und wir nun mit 250 000 Haushalten rechnen und davon nur 45 % ein Auto besitzen, sind wir bei 112 500 Autos. Wenn nur 40 % der Haushalte ein Auto haben, gibt es noch immer 40 000 Autos mehr als heute. Wenn

da alles ausser dem öffentlichen Verkehr, Velo- und Fussverkehr ausser Acht gelassen werden soll, verstehe ich nicht, was daran sachlich sein soll. Ich weiss nicht, wohin man die Autos tun soll. Markus Knauss (Grüne) sagte, er sei mit dem Bevölkerungswachstum nicht einverstanden. Wenn aber gesagt wird, es sei ein Fakt, kann man bei der Verkehrsstrategie nicht so tun, als sei es nicht da. Wenn die Kapazität zurückgefahren werden soll, gibt es ein oberirdisches Verkehrschaos.

Markus Knauss (Grüne): Die entscheidende Frage ist, wie das Bevölkerungswachstum im Bereich des Verkehrs organisiert wird. Wir müssen die effizienten Verkehrsmittel fördern. Wenn auf den kantonalen Richtplan verwiesen wird, muss man sagen, dass der Kanton ein inkohärentes Gebilde ist. Im Richtplan stehen auch andere Dinge. Dort steht, die Hälfte des Verkehrswachstums sei mit dem öffentlichen Verkehr zu bewältigen. Dabei handelt es sich um einen Durchschnittswert für den ganzen Kanton. Wir haben im Kanton das Tösstal. Wenn die Bevölkerung dort wächst, dann wird diese Bevölkerung nicht mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein. Die Stadt hat andere Voraussetzungen. In Zürich und der Umgebung wurde sehr viel Geld in den öffentlichen Verkehr investiert. Es sind die bürgerlichen Regierungsräte, die sagten, dass es im Kanton unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Entwicklung gibt. Wenn manche Teile des Kantons nicht einhalten, müssen andere Gebiete diese Vorgaben übererfüllen. Es ist so, dass die Stadt die Ziele ernster nehmen muss. Für uns ist es ein realistisches Ziel, die Mobilität mit dem öffentlichen, dem Fuss- und Veloverkehr zu bewältigen. Wir wollen dies, vom Kanton wird dies durchaus in der Planung unterstützt. Das, was der Stadtrat schreibt, ist mit dem Kanton abgesprochen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 46:

Sven Sobernheim (GLP): Uns geht es darum, auch neue Mobilitätsformen, namentlich Sharing-Konzepte, zu ermöglichen. Der Staat ist darauf angewiesen, dass diese Konzepte umgesetzt werden. Ein Auto, das nicht benutzt wird, nimmt viel Platz in Anspruch. Wir müssen uns Gedanken zur Umsetzung machen. Dabei geht es um das Teilen von Autos und Velos.

Markus Knauss (Grüne): Es gibt Sharing-Konzepte, die wir unterstützen können, so beispielsweise das Velo-Sharing. Wir erkennen aber nicht, weshalb der Staat ein Car-sharing unterstützen sollte.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 47:

Christine Seidler (SP): Diesen Antrag hat die Verwaltung als berechtigt empfunden und entgegengenommen. Die Stadt ist ein kompaktes System mit kurzen Wegen und einer guten Erreichbarkeit. Dies macht auch die städtebauliche Qualität aus. Bahnhof- und Zentrumsgebiete und Quartierzentren erhalten in diesem Kontext wichtige Funktionen im Bereich der Koordination zwischen Siedlung und Verkehr. Beim vorliegenden Antrag handelt es sich um eine inhaltliche Präzisierung im Dienst der inhaltlichen Nachvollziehbarkeit und Rechtssicherheit.

Peter Schick (SVP): Verkehr ist bei uns ein heisses Thema, vor allem wenn dies explizit im Text erwähnt werden muss. Der Text des Stadtrates ist ausreichend und deckt alles ab.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 48:

Roger Liebi (SVP): Wir sind der Ansicht, dass Einiges, das bereits im ursprünglichen Antrag enthalten ist, durchaus wichtig ist. Wir möchten den Zusatz, in dem es um die

konsequente Förderung des öffentlichen Fuss- und Veloverkehrs geht, streichen. Dies lässt sich aus dem Antrag herleiten. Dieser zusätzliche Einschub ist unnötig.

Christine Seidler (SP): *Der zur Streichung beantragte Teil ist an die Gemeindeordnung angelehnt. Die Gemeindeordnung ist bindend. Die SVP ändert ihre Spielregeln nach Belieben. Das Stimmvolk hat den Verkehrsrichtplan, die Strategie Stadtverkehr 2025, die 2000-Watt-Gesellschaft und die Veloinitiative bejaht. Die SVP will ernsthaft den Fussverkehr streichen. Jeder konsequente Autofahrer ist immer auch Fussgänger.*

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 49:

Roger Liebi (SVP): *Christine Seidler (SP) hat uns vorgeworfen, wir würden die Gemeindeordnung und die Abstimmungen nicht respektieren. Wenn wir diesen Satz zur Gemeindeordnung darin lassen, wie können Sie dann sagen, dass wir den Entscheid der Stimmbürger missachten? Diese Unterstellungen sind unerhört. Das hat nichts mit einer sachlichen Verkehrspolitik zu tun. Beim Änderungsantrag 49 sind wir nicht der Ansicht, dass diese Verbots- und Bevormundungskultur in der Stadt notwendig ist. Wenn geschrieben wird, der Trend zu autofreien Haushalten reduziere das Verkehrsaufkommen, bedeutet dies, dass das autofreie Wohnen nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden muss. Wir sind gegen diesen Zwang. Die Vollumfänglichkeit des öffentlichen, Velo- und Fussverkehrs ist ebenfalls problematisch. Markus Knauss (Grüne) sagte, es handle sich um einen Durchschnittswert des Kantons. Der kantonale Richtplan muss genau gelesen werden. Im kantonalen Richtplan wird explizit die Stadt Zürich, Winterthur und das Glatttal so definiert. Dies hat nichts mit Durchschnittswerten zu tun. Deshalb haben wir das so übernommen und wollen dies auch hier so anpassen.*

Markus Knauss (Grüne): *Ich verstehe nicht, wie sich Roger Liebi (SVP) an diesem Satz, der auf den Trend zu autofreien Haushalten eingeht, stören kann. Letztlich handelt es sich nur um die Beschreibung einer stattgefundenen Entwicklung. Vor etwa 10 Jahren gab es etwa 42 % autofreie Haushalte, mittlerweile sind wir bei 50 % angekommen. Es handelt sich um eine Zustandsbeschreibung. Es handelt sich mitnichten um eine Bevormundung. Es ist eine Befreiung. Immer mehr Leute erkennen, dass ein Auto unglaublich teuer und in der Stadt kaum zu brauchen ist. Immer mehr Investoren erkennen, dass Parkplätze unglaublich teuer sind, vor allem wenn sie unterirdisch gebaut werden. Sie treten an die Stadt heran und fordern Subventionen. Dies haben wir bei der Genossenschaft Zurlinden erlebt. Der Besitz eines Autos ist für viele Leute eine Last.*

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 50:

Roger Liebi (SVP): *Markus Knauss (Grüne) hat jetzt eben gesagt, dass 50 % der Haushalte Auto fahren. Auch der motorisierte Individualverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil. Ich habe es schon vorher gesagt, wir haben versucht, einen Schritt auf Sie zuzumachen. Früher hätten wir dies alles abgelehnt. Wir haben in unserer Politik eine Kehrtwende gemacht. Wir sehen eine gewisse Möglichkeit, dies umzusetzen. Wir sind jedoch nicht damit einverstanden, dass die anderen Verkehrsmittel gegen den motorisierten Individualverkehr ausgespielt werden. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass es Autos gibt. Absolut nimmt die Anzahl Autos zu. Sie nimmt nur dann nicht zu, wenn verboten wird, ein Auto und eine Wohnung zu haben. Ein Auto ist noch immer wesentlich, andernfalls gäbe es nicht so viele Autofahrer. Wäre diese Befreiung spürbar, würden die Grünen bei den Wahlen nicht immer weiter zurückfallen.*

Patrick Hadi Huber (SP): *Betrachten wir den ganzen, bestehenden Verkehr in Zürich, dann nimmt der motorisierte Individualverkehr eine grosse Rolle ein. Mit diesem Richtplan beschreiben wir jedoch nicht die heutige Situation, wir halten darin fest, was wir in*

Zukunft tun wollen. Durch die Städteinitiative soll die Verkehrszunahme nicht über den motorisierten Individualverkehr aufgefangen werden. Wenn es um den wesentlichsten Bestandteil des Verkehrs ginge, dann würde dies bedeuten, dass der motorisierte Individualverkehr mitwachsen müsste. Dies kann nicht das Ziel sein. Gerade in der Innenstadt gibt es viele Geschäfte. Es ist nicht möglich, dort das Verkehrsaufkommen zu erhöhen. Wir sind gezwungen dazu, auf den Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr auszuweichen. In der Innenstadt benötigen wir ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmenden. Wir sagen nicht, dass wir keinen motorisierten Individualverkehr wollen.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 51:

Roger Liebi (SVP): In der Gesamtkonzeption ist der Antrag des Stadtrats ausreichend. Der öffentliche Verkehr soll einen hohen Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen ausmachen. In unseren Augen ist es nicht notwendig, die 2000-Watt-Gesellschaft spezifisch zu erwähnen. Dabei handelt es sich nur um eine Wiederholung dessen, was schon gesagt wurde.

Sven Sobernheim (GLP): Ein Drittel unserer Emissionen, die für die 2000-Watt-Gesellschaft relevant sind, werden durch den Verkehr beeinflusst. Die Erwähnung ist also wichtig. Wenn wir das vollständige Mobilitätswachstum mit dem öffentlichen, Fuss- und Veloverkehr abdecken, nimmt die Anzahl Autofahrer nicht zu. Die Autofahrten werden faktisch auf dem heutigen Niveau gehalten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 52:

Michael Baumer (FDP): Im Richtplan wird auf die negativen Folgen der Mobilität hingewiesen. Es wird nicht gesagt, welche Funktion die Mobilität erfüllen soll und welche Funktionen zu beachten sind. Insbesondere fehlen jegliche Hinweise auf den Wirtschaftsstandort. Dieser ist auf eine gute Erreichbarkeit angewiesen. Nur wenn der Wirtschaftsstandort funktioniert, verfügt die Stadt über die notwendigen Ressourcen für ihre Projekte. Darum ist es wichtig, dass der Wirtschaftsstandort erreichbar ist. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass dies mit dem motorisierten Individualverkehr erfolgen muss. Der öffentliche Verkehr ist an Spitzenzeiten überlastet, die Erreichbarkeit ist nicht überall gegeben. Deshalb ist dieser Hinweis wichtig.

Patrick Hadi Huber (SP): Ich konnte das noch nicht ganz verstehen. Der Wirtschaftsstandort ist die ganze Stadt. Dies bezieht sich auf den regionalen Richtplan. Wir können nicht Strassen an die Stadtgrenze heranbauen und sagen, dies sei die Erschliessung. Wenn man die Erschliessung sicherstellen muss, muss man dafür sorgen, dass nicht mehr Verkehr in die Stadt kommt. Eigentlich müsste man eine Art Roadpricing einführen. Dies wäre allenfalls unterstützenswert.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 53:

Michael Baumer (FDP): Der Wirtschaftsstandort war vielleicht zu allgemein. Deshalb gehen wir hier auf das lokale und produzierende Gewerbe ein. Dieses sollte nicht aus der Stadt vertrieben werden. Die Arbeitsplatzgebiete wollen wir fördern. Wenn wir von produzierendem Gewerbe und der Industrie ausgehen, wird dies Gesamtverkehr produzieren. Bei kurzen Wegen verringert dies die Verkehrsmenge, da die Erreichbarkeit besser gewährleistet ist. Darum ist der Gewerbeverkehr etwas, das in dieser Systematik fehlt. Es ist unerklärlich, warum die produzierende Industrie und das Gewerbe gefördert werden sollen, der dazu gehörende Verkehr jedoch unerwünscht ist.

Patrick Hadi Huber (SP): Auf den ersten Blick klingt dies gut. Es geht um die Er-

schliessung innerhalb der Stadt. Die Überlegung der Minderheit ist, dass es gewisse Gebiete in der Stadt gibt, die sich nur über Zufahrtszeiten regulieren lassen. Dies kann dazu genutzt werden, die Zufahrtszeiten zu verändern oder aufzuheben. Dies würde zu grösseren Problemen führen.

Neuer Änderungsantrag 53a:

Marco Denoth (SP): *Wir haben den Antrag 57 umformuliert und an den richtigen Ort gesetzt. Wir wollen dem Masterplan Velo mehr Gewicht verleihen. Er ist für die Stadt sehr wichtig und sollte deshalb auch mehr Gewicht erhalten.*

Mario Mariani (CVP): *Der Antrag wurde an eine andere Stelle gesetzt, hat sich jedoch inhaltlich nicht verändert. Die Frage ist, ob dies in der Gewichtung die höchste Priorität erhalten soll. Die Mehrheit findet, dass diese Regelung zu starr ist. Der Masterplan Velo ist richtig und bindend. Es gibt auch den öffentlichen und motorisierten Individualverkehr.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich möchte mich kurz zum Antrag 45 äussern. Im kantonalen Richtplan wird davon gesprochen, der Verkehr solle im Allgemeinen durch den öffentlichen und Langsamverkehr abgedeckt werden. Im regionalen Richtplan reden wir nur über das Mobilitätswachstum und darüber, das ganze Mobilitätswachstum über den öffentlichen und Langsamverkehr abzudecken. Inhaltlich wird damit auf dasselbe abgezielt.*

Albert Leiser (FDP): *Ich rede zu den Anträgen 52 und 53. Mich irritiert, dass wir uns immer wieder für das Gewerbe einsetzen. Die SP unterstützt jedoch nicht diejenigen Anträge, die auf die Erreichbarkeit durch das Gewerbe abzielen. Wenn man sich immer für das Gewerbe ausspricht und nun hier dagegen ist, ist dies nicht glaubwürdig.*

Michael Baumer (FDP): *Eigentlich wollte ich zu diesem Sharing-Antrag eine Anmerkung machen. Wenn dies durchkommen sollte, kann man sich fragen, ob der motorisierte Individualverkehr und öffentliche Verkehr künftig in derselben Form vorhanden sein wird. Wir können dann nicht mehr sagen, dass 50 % der Haushalte kein Auto besitzen. Die Zählung wird, wenn alle Sharing-Angebote nutzen, problematisch. Beim nächsten Richtplan müsste die Zählung sinnvoller sein.*

Roger Liebi (SVP): *Zum Antrag 45: Ich verstehe nicht, worüber gesprochen wird. Im kantonalen Richtplan wird ausdrücklich darauf hingewiesen, alle Verkehrsarten seien sachgerecht und aufeinander abgestimmt zu berücksichtigen. Die Entwicklung der Siedlungsstruktur sei durch den öffentlichen Verkehr zu bewältigen, dazu sei mindestens die Hälfte durch den öffentlichen zu bewältigen. In den Stadtlandschaften sei auf einen besonders hohen Anteil des öffentlichen Verkehrs Wert zu legen. Im Antrag 53 ist es tatsächlich so, dass Einige, die sich als besonders gewerbefreundlich ausgeben, im Bereich des Verkehrs dagegen sind. In der BZO sollen für ganze Strassenzüge zwanghaft Gewerbenutzungen eingeführt werden. Dafür ist es egal, wenn das Gewerbe dort nicht hinziehen will. Gleichzeitig soll der notwendige Verkehr nicht ermöglicht werden. Ich komme nochmals auf den Antrag 45 zurück.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Zum Antrag 45: Entgegen der Fahne befinden wir uns in der Minderheit. Die Tatsache, dass sich sogar die SVP hier bewegt, ist ein Zeichen. Wenn man den Antrag liest, ist es klar, was damit gemeint ist. Ich staune deshalb auch über die Diskussion über diesen Aspekt. Es ist unmöglich, dass die Ziele der Mehrheit*

vernünftig umgesetzt werden können. Eine vollständige Bewältigung durch den Fuss- und Veloverkehr ist unmöglich. Beim Antrag 48 folgen wir der Mehrheit. Wir glauben, es ist falsch, Volksaufträge nicht zu akzeptieren. Wir finden es falsch, dies über die Hintertür zu streichen. Dies gilt auch für Antrag 51. Eine Streichung ist falsch. Wir müssen uns an die Realitäten halten, das Volk hat immer Recht.

Marco Denoth (SP): *Zum Antrag 52: Es ist so, dass wir in der Fahne die Empfehlung hatten, der Antrag solle teilweise berücksichtigt werden. In der Fraktion haben wir dies sehr differenziert besprochen, es hiess, die FDP würde an ihrem Antrag festhalten. Andernfalls hätten wir dem zustimmen können.*

Michael Baumer (FDP): *Marco Denoth (SP), im Antrag 53 geht es um den Text, dem die SP angeblich zustimmen kann.*

Änderungsantrag 45 zu Kap. 1.3.1 Ziele für die räumliche Entwicklung / Abschnitt Stadtverträgliche Mobilität

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Um das durch die Bevölkerungszunahme ausgelöste Mobilitätswachstum zu bewältigen, ist auf einen hohen Anteil des öffentlichen Verkehrs hinzuwirken. Auf kurzen Distanzen und in dicht besiedelten Gebieten ist der Fuss- und Veloverkehr zu fördern.

Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
Enthaltung: Mario Mariani (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

Änderungsantrag 46 zu Kap. 1.3.1 Ziele für die räumliche Entwicklung / Abschnitt Stadtverträgliche Mobilität

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Das durch die Bevölkerungszunahme ausgelöste Mobilitätswachstum ist vollumfänglich mit dem öffentlichen sowie mit dem Velo- und Fussverkehr zu bewältigen und wird durch Sharing Konzepte optimiert.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)
Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 44 Stimmen zu.

Änderungsantrag 47 zu Kap. 2.2.1 Ziele / a) Zentrumsgebiete und Quartierzentren bilden die polyzentrische Struktur

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Stadt Zürich ist zwischen und innerhalb ihrer Zentren eine Stadt mit einem kompakten System kurzer Wege und guter Erreichbarkeit. Die Bahnhofs- und Haltestellenbereiche der Zentrumsgebiete und Quartierzentren sind Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs mit gesamtstädtischer und überregionaler Bedeutung. Dies gilt insbesondere für den Hauptbahnhof und für die Bahnhöfe Stadelhofen, Altstetten, Oerlikon und Hardbrücke, aber auch für quartierbezogene Bahnhöfe wie Wollishofen und Wipkingen. Alle zusammen bilden sie die attraktiven Ankunftsorte in der Stadt Zürich.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu.

Änderungsantrag 48 zu Kap. 4.1 Gesamtstrategie / 2. Abschnitt

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Gesamtstrategie des regionalen Verkehrsrichtplans basiert auf dem regionalen Gesamtverkehrskonzept des Kantons und der Stadt Zürich (2011). Sie leitet sich einerseits aus den Aufträgen der Gemeindeordnung der Stadt Zürich zum Schutz der Bevölkerung vor negativen Auswirkungen des Verkehrs, zur konsequenten Förderung des öffentlichen, Fuss- und Veloverkehrs (Strategie «Stadtverkehr 2025») und zur 2000-Watt-Gesellschaft ab. [...]

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Änderungsantrag 49 zu Kap. 4.1 Gesamtstrategie / 3. Abschnitt

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] ~~Der Trend zu autofreien Haushalten reduziert das Verkehrsaufkommen.~~ Aufgrund des prognostizierten Wachstums an Einwohnerinnen und Einwohnern und Arbeitsplätzen nimmt die Verkehrsnachfrage insgesamt jedoch weiter zu. Das hierdurch ausgelöste Verkehrswachstum ist vollumfänglich möglichst mit dem öffentlichen, sowie aber auch mit dem motorisierten Individualverkehr, mit dem Velo- und Fussverkehr zu bewältigen. Insbesondere dem öffentlichen Verkehr (ÖV) kommt in der Bewältigung grosser Verkehrsströ-

me im dicht besiedelten Gebiet eine tragende Rolle zu. Deshalb sind diverse Ausbauten im ÖV-Netz (s. Kap. 4.3.2) festgesetzt. Der motorisierte Individualverkehr soll dabei möglichst nicht behindert werden. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist auf dem übergeordneten Strassennetz kanalisiert und die Quartiere sind vom ortsfremden Autoverkehr entlastet. [...]

- Mehrheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 49 Stimmen zu.

Änderungsantrag 50 zu Kap. 4.1 Gesamtstrategie / Neuer 4. Abschnitt

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Stadt Zürich nimmt zur Kenntnis, dass der motorisierte Individualverkehr der wesentlichste Bestandteil einer gut funktionierenden Volkswirtschaft ist. Entsprechend würdigt und unterstützt die Stadt Zürich diesen.

- Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Änderungsantrag 51 zu Kap. 4.1.1 Ziele / Streichung von d) (Buchstabierung der nachfolgenden Literas wird je nach Beschlussfassung angepasst)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

d) Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft im Bereich der Mobilität geleistet
Eine stadtvorfähliche Mobilität trägt ihren Teil zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft bei (Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen).

- Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)
- Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Änderungsantrag 52 zu Kap. 4.1.1 Ziele / Neuer Abschnitt j)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

j) Erreichbarkeit für die Wirtschaft sicherstellen

Der Wirtschaftsstandort ist auf eine gute Erreichbarkeit angewiesen. Die Verkehrsinfrastruktur trägt dazu bei, die Erschliessung sicherzustellen.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
Minderheit: Marco Denoth (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 62 Stimmen ab.

Änderungsantrag 53 zu Kap. 4.1.1 Ziele / Neuer Abschnitt k)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

k) Effiziente und stadtverträgliche Abwicklung des Gewerbeverkehrs

Die vielen kleinen Gewerbebetriebe aus publikumsorientierten und produzierenden Branchen versorgen zusammen mit den Filialen der Grossverteiler die Stadt und ihre Quartiere sehr feinmaschig. Damit sorgt das Gewerbe massgeblich für kurze Transport- und Kundenwege. Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sorgt für eine gute Erreichbarkeit und trägt dazu bei, den Gewerbeverkehr effizient und stadtverträglich abzuwickeln.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
Minderheit: Marco Denoth (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 51 Stimmen zu.

Neuer Änderungsantrag 53a zu Kap. 4.1.1 Ziele / Neuer Abschnitt c)

Marco Denoth (SP) stellt folgenden Antrag:

c) Umsetzung des Masterplans Velo

Die Projektierung von Strassen, welche eine Haupt- oder Komfortroute gemäss Masterplan Velo enthalten, ist so vorzunehmen, dass der Planung der entsprechenden Haupt- bzw. Komfortrouten höchste Priorität zukommt.

Der Rat stimmt dem Antrag von Marco Denoth (SP) mit 62 gegen 60 Stimmen zu.

1807. 2016/83

**Postulat von Roger Liebi (SVP) und Peter Schick (SVP) vom 16.03.2016:
Erstellung einer Schnellbahn/U-Bahn unter Gegenüberstellung der Kosten und
des volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Roger Liebi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1749/2016): Wir haben heute mehrfach gehört, dass sich die Stadt in einer Wachstumsphase befindet. Es besteht die Befürchtung, dass es oberirdisch für den Verkehr nicht genug Platz gibt. Die Idee einer Schnell- und U-Bahn ist nicht sehr innovativ. Dazu gab es auch schon Volksabstimmungen. Die GLP hat dies beim Kanton eingereicht. Uns geht es darum, zu evaluieren, wie die verschiedenen Verkehrsträger aneinander vorbeikommen. Man kann dies nicht nur über die Kosten abhandeln. Wir sagen nicht, dass wir unbedingt eine Schnell- U-Bahn wollen. Es geht uns auch um eine Evaluation des volkswirtschaftlichen Gesamtnutzens. Es ist durchaus relevant, wie schnell jemand zu seinem Arbeitsplatz gelangt. Die Oberfläche der Stadt kann entlastet werden. Es ist zu früh, diesen Vorschlag pauschal abzulehnen. Es ist möglich, dass ich die Umsetzung nicht mehr erleben würde. Die Planung können wir ins Auge fassen. Der Regierungsrat findet dies zu teuer, in Deutschland seien solche Bahnen nur in Grossstädten vorhanden. Christine Seidler (SP) sprach davon, Zürich sei eine Grossstadt. In Salzburg wurde eine U-Bahnplanung aufgenommen. Salzburg hat ein Verkehrsproblem. Deshalb hat Salzburg diese Idee aufgenommen. Dies ist auch unsere Idee, hier eine Verbindung zwischen den bestehenden Verbindungen aufzunehmen. In unseren Augen müsste dies einen volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen ergeben. Dies müsste anhand eines Gesamtkonzepts überprüft werden, damit künftig alle Verkehrsträger aneinander vorbeikommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Andres Türler:** Gute Ideen haben immer ihre Zeit. 1973 war die Zeit für die Idee einer U-Bahn. Dies ist nun 45 Jahre her. Damals fand ich es eine gute Idee, sie wurde trotzdem abgelehnt. Das Fenster der Geschichte schloss sich wieder. Der Kanton entwickelte sich auf andere Weise. Wir haben den ZVV eingeführt, wir haben S-Bahnen gebaut und wir haben Netzentwicklungen vollzogen. Dies hat dem Kanton und der Stadt nicht zum Nachteil gereicht. Wenn man die Siedlungsentwicklung anschaut, vollzieht sich diese nicht den Radialachsen entlang. Es ist nicht zwingend notwendig, dass alle ins Zentrum fahren. Morgens um 8 Uhr gibt es schon sehr viele Leute am Bahnhof. Es ist nicht die Hauptaufgabe, noch mehr Leute zum Bahnhof zu bringen. Wenn wir die Erschliessung verbessern wollen, müssen wir Tangenten fördern. Die erste haben wir nun mit dem Tram an der Hardbrücke. Das Potenzial für einen solchen Verteiler oder eine solche Bahn können wir nicht erreichen. Wir bräuchten dafür etwa eine Million Einwohner. Ich will nicht sagen, die Idee sei völlig abzulehnen. Wir müssen aber sagen, dass die Stadt zu klein ist. Dies kann nur funktionieren, wenn wir den ganzen Kanton anschauen. Der Kanton ist derjenige, der die Verkehrsplanung durchführt und den öffentlichen Verkehr finanziert. Der Stadtrat kann ohne Kanton nichts ausrichten. Wir benötigen den Kanton, der mitmacht. Bei einer U-Bahn gibt es keine Synergie mit unserem Tramnetz. In der Stadt ist es sehr eng für eine teilweise oberirdische Linienführung. Es wurde gesagt, es gäbe kürzere Reisezeiten. Das Tram- und Busnetz in der Stadt ist sehr engmaschig. Die Wege sind kurz, weil man schnell zu einer Haltestelle gelangt. Wenn eine U-Bahn fährt, ist sie schnell, man muss jedoch weiter gehen, um zu einer Haltestelle zu kommen. Die Fahrzeit wird, wenn man die Fusswege berücksichtigt, nicht kürzer. Die Kosten nimmt der Stadtrat immer sehr ernst. Man rechnet mit Kosten in Hö-*

he von etwa 150 bis 250 Millionen Euro pro Kilometer. Der Nutzen der Linien liegt in der Hauptverkehrszeit. Die Betriebskosten sind etwa gleich hoch. Wir würden eigene Werkstätten und Abstellanlagen benötigen. Wir würden einige Rampen benötigen, diese sind städtebaulich eine Herausforderung. Ich denke, wir haben sehr hohe Investitionskosten, kaum Einsparungen bei den Betriebskosten und kaum Reiseersparnisse. Das zeitliche Fenster für eine U-Bahn ist geschlossen. Gestern gab es im Tages Anzeiger eine Zusammenfassung, derzufolge der Kanton eine U-Bahn in der Stadt und Agglomeration weder sinnvoll, noch erforderlich findet. Vor diesem Hintergrund meint der Stadtrat, dass es nicht genügt, zu sagen, eine Abklärung sei interessant. Eine Abklärung braucht Zeit, Personal und Geld. Eine Abklärung ohne Unterstützung des Kantons ist nicht zielführend.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Roger Liebi ist gemäss meiner Information seit beinahe 14 Jahren im Gemeinderat. Vertreter der SVP sagen, dies solle in den nächsten 15 bis 25 Jahren umgesetzt werden. Wir haben die Idee vor einigen Jahren überprüft und kamen zu einem ähnlichen Fazit wie der Stadtrat. Bis 2030 wird es etwa 500 000 Personen in der Stadt geben. Man braucht etwa eine Million Personen, um eine U-Bahn einigermaßen rentabel betreiben zu können. Das Postulat war gut gemeint, jedoch nicht gut umgesetzt. Wir befürchten ein planerisches Chaos. Die SVP will alles über das Zentrum befördern. Das Zentrum ist in seinem Potential ausgeschöpft. Deshalb setzen wir stark auf den Ausbau der Tangenten. Ein Fokus auf das städtische Gebiet ist nicht zielführend. Wir müssen auch die Agglomeration einbeziehen. Vor einigen Anträgen sagte Michael Baumer (FDP), durch das Wachstum könne eine Korrelation zur Anzahl Autos hergestellt werden. Wir müssen auch die neuen Technologien berücksichtigen. Kürzlich habe ich an einer Messe gehört, dass man demnächst keine Parkhäuser mehr benötigen wird, weil die Autos nach Bedarf abgerufen werden. Dies kann das eigene Auto oder ein Fahrzeug aus einem Sharing-Modell sein. Wir dürfen nicht in den bestehenden Mustern verharren. Eine U-Bahn kann in Zukunft sinnvoll sein. Erst sollten wir die bestehende Infrastruktur ausbauen. Wir haben Vorstösse zum Tram Altstetten behandelt. Dort war klar, dass das ohne kantonale und nationale Beteiligung nicht geht. Langfristig finden wir eine U-Bahn prüfenswert. Uns interessiert, wie das die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat angehen werden.

Markus Knauss (Grüne): Stadtrat Andres Türler führte bereits aus, dass man sich vor Jahrzehnten in Zürich für eine S-Bahn entschieden hat. Diese S-Bahn funktioniert, wir werden europaweit darum beneidet. Nichtsdestotrotz gibt es Optimierungsbedarf. Dies betrifft beispielsweise den Bahnhof Stadelhofen oder den Bahnhof Hardbrücke. Hier geht es im Vergleich zum Bau einer U-Bahn um einen läppischen Betrag beim Bahnhof Stadelhofen in der Höhe von rund 800 Millionen Franken. Der Volkswirtschaftsdirektor sagt, dies müsse der Bund finanzieren. Wenn das ganze System auf eine U-Bahn ausgerichtet werden soll, handelt es sich um finanzielles Freibeutertum. Der Kanton kann dies nicht finanzieren, der Bund will nicht. Wir müssten, wenn die U-Bahn gebaut würde, Abstriche machen. Wir können nicht drei Netze finanzieren. Dies ist unnötig. Zürich hat ein sehr gutes Feinverteilsnetz mit Trams und Bussen. Wenn beim Tramnetz eingespart wird, ist der Aufstand in der Bevölkerung gewiss. Um eine U-Bahn finanzieren zu können, muss es aber beim Tramnetz zu Einsparungen kommen. Man müsste ganze Linien stilllegen. Eine U-Bahn ist nicht zielführend. Ich möchte nicht die Verwaltung mit derart weitgehenden Abklärungen betrauen. In zehn Jahren können wir erneut über eine U-Bahn diskutieren.

Patrick Hadi Huber (SP): Die SP unterstützt diesen Vorstoss, teilt jedoch nicht die Begründung. Der Planungshorizont ist unrealistisch. Wir verstehen eine U-Bahn als Teil

einer künftigen Verkehrsbewältigung, die im Rahmen der Netzstrategie 2030 von der VBZ umgesetzt werden kann. Die Transportkapazität in der Stadt kann verbessert werden. Es wirkt an diesem Antrag scheinheilig, dass der oberirdische Raum befreit werden soll. Wenn wir über den Tellerrand des regionalen Richtplans hinausschauen, können manche Linien auch unterirdisch geplant werden. Wir befinden uns auf der Ebene, auf der wir den Kanton einbeziehen könnten. Die Idee ist prüfenswert, auch wenn die Formulierung sehr einengend ist. Die Anzahl Haltestellen wird vorgegeben. Die Formulierung sollte offener sein, auch die Tangentialen sollen erwähnt werden.

Markus Hungerbühler (CVP): Wir haben vor etwa einer halben Stunde über das Bevölkerungswachstum und die damit verbundene Verkehrszunahme gesprochen. Es wurde gesagt, man müsse den Zuwachs in den Fuss- und Veloverkehr kanalisieren. Dies wurde angenommen. Die Realität ist eine andere. Deshalb unterstützen wir das Postulat. Der öffentliche Verkehr ist teuer. Es ist nicht erstaunlich, dass die Grünen dagegen sind. Sie befürchten vermutlich, dass die Velofahrer weniger Geld bekommen. Es gibt ein Bevölkerungswachstum. Wir müssen die Bevölkerungszunahme im öffentlichen Verkehr bewältigen. In den Verkehrsträgern wird es immer enger. Wir müssen auch visionär sein. Natürlich wurde der Vorschlag 1973 abgelehnt und wir haben ein Problem mit den Zuständigkeiten. Es handelt sich hierbei um ein Postulat. Ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt. In diesem Rat werden auch andere Postulate relativ kritiklos überwiesen. Ich verstehe nicht, weshalb die Grünen so vehement dagegen sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: Gibt es einen Unterschied zwischen dem Postulat des Gemeinderats und einem Postulätchen in der Behandlungsform durch den Stadtrat? Sollte es dies nicht geben, ist das etwas, womit dem Stadtrat der Auftrag erteilt wird. Ich habe mich nicht in aller Vehemenz dagegen gewehrt, ich habe nur gesagt, dass wir uns auf der falschen Flughöhe befinden.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist erfreulich zu hören, dass der Stadtrat unsere Postulate ernst nimmt. Zürich hat über eine U-Bahn abgestimmt. Damals wäre die Finanzierung gewährleistet gewesen. Mit den Rampen gab es auch kein Problem. Die Frage ist, weshalb das abgelehnt wurde. Die SP stellte sich gegen die U-Bahn, weil bei einer unterirdischen Linienführung Kapazitäten für den motorisierten Individualverkehr geschaffen würden. Bereits damals war die Ablehnung rein ideologisch. Es ist auch heute klar, dass eine U-Bahn nicht nur schneller wäre, sondern sie wäre auch eine willkommene Entflechtung des Verkehrs im Zentrum. Es wurde behauptet, Zürich sei für ein solches Projekt zu klein. In Porto wurde vor Kurzem ein U-Bahn-Projekt realisiert. Auch in Lissabon gibt es eine U-Bahn. Als Präsident der Verkehrskommission wollte ich damals eine Kommissionsreise nach Lissabon durchführen, die Mehrheit der Kommission wollte sich jedoch das Roadpricing in London anschauen. Die Debatte ist ideologisch. Zürich sollte sich dafür schämen, etwas nicht zu schaffen, was in Porto möglich ist. Die Federführung wird auch beim Kanton liegen. Das, was die Stadt postuliert, ist mindestens ein Signal an den Kanton. Trams werden priorisiert. Der motorisierte Individualverkehr wird behindert. Die Ablehnung der U-Bahn ist ein Instrument zur Behinderung des motorisierten Individualverkehrs.

Peter Schick (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Es war interessant, zuzuhören, wie dieses Postulat Emotionen weckt. Es wurde Vieles gesagt. Ich möchte sagen, dass die SVP den Textänderungsantrag annimmt.

Michael Baumer (FDP): Bei der Eintretensdebatte wurde klar gesagt, mit dem Bevölke-

rungswachstum gingen Probleme einher. Wenn die Prognose 2030 weiter extrapoliert wird, werden wir in 20 bis 30 Jahren noch mehr Einwohner haben. Wir müssen etwas mit dem Verkehrsnetz machen. Eine neue Verbindung kann eine mögliche Lösung sein. In diesem Sinn ist es positiv. Grundsätzlich unterstützen wir dies und wir sind froh, dass die Textänderung angenommen wurde. Teilweise ist das Postulat bereits erfüllt. Wenn man vom Bahnhof Stadelhofen nach Altstetten fährt, erfüllt die S-Bahn die Funktion einer U-Bahn. Diese U-Bahn kann eine Ergänzung zu bereits existierenden Strecken darstellen. In diesem Fall wäre auch kein drittes Netz notwendig und es kann viel für die Stadt erreicht werden.

Niklaus Scherr (AL): Die SVP will einerseits die Masseneinwanderung drosseln und ist gegen das Wachstum der Stadt, andererseits will die SVP eine U-Bahn wie andere Grossstädte. Die Bahn der SZU befindet sich bereits tief im Grundwasser. Das Kopfbahnhofsystem, das viele innerstädtische Verbindungen ermöglichte, wurde in den Untergrund verlegt. In diesem Bereich können wir keine weiteren Röhren bauen. In Paris gibt es eine vierstöckige U-Bahn. Eine U-Bahn ist ineffizient. Die S-Bahn wird unterirdisch ins Zentrum eingespeist. Dies ist das Maximum, das wir haben können. Werden unterirdisch weitere Linien erstellt, müssen wir oberirdisch Tramlinien abbauen. Dagegen werden die Leute protestieren. Dies war 1973 so und hat sich bis heute nicht verändert. Ich verstehe nicht, wie sich die SP diesem Vorstoss anschliessen kann. Dieses Postulat soll in den nächsten zwanzig bis dreissig Jahren seriös angegangen werden. In dieser Richtplandebatte wird es keine strategische Entscheidungen geben, jedoch eine Menge Visionen zu U-Bahnen und Seilbahnen. 1973 habe ich die U-Bahn bekämpft, weil sie mit einer S-Bahn verknüpft war. In den 80er Jahren wurde die S-Bahn realisiert, dies war positiv. Schade war, dass bereits damals die Mehrwertabgeltung fehlte. Zürich hat heute ein S-Bahnssystem, das in der Stadt teilweise als U-Bahnssystem geführt wird. Die Rosengartenstrecke sollte angegangen werden. Diejenigen, die nicht wachsen, aber eine grössenwahnsinnige U-Bahn wollen, haben einen grössenwahnsinnigen Beitrag zur Richtplandebatte geleistet.

Matthias Probst (Grüne): Es ist unbegreiflich, wie dieser Vorstoss eine Mehrheit finden konnte. Die Forderung ist grössenwahnsinnig. In Zürich wird ein Milliardenprojekt gefordert, es soll ein neues System eingeführt werden. Wir haben bereits ein S-Bahnssystem in Zürich, das in der Stadt die Funktion einer U-Bahn einnimmt. Wenn wir im Verkehr etwas beschleunigen, dann führt dies nicht dazu, dass Verschiebungen von einem Verkehrsmittel zu einem anderen erfolgen, sondern dazu, dass die Leute weiter reisen. Es ist noch attraktiver, einen weiteren Agglomerationsgürtel zu bauen und von dort aus in die Stadt zu pendeln. Wir brauchen einen Ausbau der Kapazitäten und keine Beschleunigung des bestehenden Systems. Wir müssen in einen sinnvollen Nahverkehr investieren, wir müssen das Veloroutennetz ausbauen. Wir können auch einen Velotunnel bauen. Wir brauchen keine Beschleunigung, die dazu führt, dass sich noch mehr Firmen im Zentrum niederlassen. Wir brauchen eine bessere Verteilung. Die Flächenplanung muss optimiert werden. Dies kann nicht mit einer U-Bahn erreicht werden.

Roger Liebi (SVP): Ich kann nur sagen, dass wir die Textänderung annehmen. Insbesondere sagt die GLP, dass es um Tangentialverbindungen geht. Es geht nicht darum, dass noch mehr Leute in die Stadt kommen. Die Stadt sollte in sich stärker verbunden werden. Es ist untragbar, dass man von Wiedikon nach Seebach 40 bis 50 Minuten braucht. Es geht um die langfristige Planung. Der Bezug auf die Mittelfristigkeit war unüberlegt. Wir haben im Postulat nicht geschrieben, dass wir das wollen. Die nächste Richtplandebatte wird kommen. Wir müssen die Idee wenigstens evaluieren können. Wir dürfen nicht nur die Kosten berücksichtigen, sondern auch den volkswirtschaftlichen Nutzen berücksichtigen. Die Grünen haben Angst, dass die Autos plötzlich mehr Platz hätten.

Angenommene Textänderung:

Wir bitten den Stadtrat um Evaluierung einer im Terminus des Richtplanes langfristig mittelfristig zu erstellenden Schnellbahn/U-Bahn. Dies soll unter Gegenüberstellung der voraussichtlichen Kosten, entsprechenden Beteiligungen von Bund und Kanton und dem volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen geschehen. Die Schnellbahn / U-Bahn soll primär die Tangenten um und im Stadtgebiet stärken und damit das ÖV-Zentrum weiter entlasten. Um den Verkehrskollaps zu vermeiden muss zumindest ein Teil unterirdisch abgewickelt werden. Diese Bahn soll von 5-6 Endstationen aus sternförmig zum HB verlaufen. Im HB selber kann man auf alle Linien umsteigen. Endstationen könnten sein ZH-Affoltern/Oerlikon, Stettbach, ZH-Altstetten, Tiefenbrunn, Wollishofen. Jede der Linien hat max. 4-6 Haltestellen, um möglichst schnell von der Stadtgrenze ins Zentrum zu gelangen.

Das geänderte Postulat wird mit 95 gegen 23 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Verkehrsträger Anteile, Kapazität (Anträge 55–59)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 55:

Christine Seidler (SP): *Der Modalsplitanteil des motorisierten Individualverkehrs hat sich gemäss der Gemeindeordnung um 10 % zu reduzieren, wenn der öffentliche Verkehr auf 50 % erhöht wird. Der Rest ist dem Velo- und Fussverkehr zuzuschreiben, der unter dieser Zielvorgabe eine Steigerung zu erfahren hat. Der Grundsatz, der in der Gemeindeordnung enthalten ist, soll einer klaren Zielformulierung im Richtplan Rechnung tragen. Die Verwaltung betrachtet diesen Antrag als begründet.*

Roger Liebi (SVP): *In unseren Augen reicht der Antrag des Stadtrats. Dieser ist für uns schon ziemlich weitgehend. Wir haben häufig gehört, dass die Volksabstimmung wichtig sei. Wir können nicht erkennen, dass etwas Anderes reinkommen sollte. Der Stadtrat will den Anteil des Velo- und Fussverkehrs möglichst erhöhen. Der öffentliche Verkehr soll auf mindestens 45 % erhöht werden. Wird dies nun gestrichen, kommen wir irgendwann zu Maximalvorschriften. Wie soll dies umgesetzt werden? Wird dies im Richtplan vorgeschrieben, müssen Massnahmen ergriffen werden. Wie sollen diese Massnahmen aussehen? Es wäre möglich gewesen, die Vorlage des Stadtrats zu übernehmen und keine Zwangsmassnahmen zu implementieren.*

Kommisionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 56:

Roger Liebi (SVP): *Wir haben die mögliche Entwicklung bei der Anzahl Autos aufgezeigt. Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Zahlen so entwickeln, wie ich sie anfangs vorgerechnet habe, dann gehen wir von 250 000 Haushalten aus, von denen 45 oder 40 % ein Auto besitzen. Wir hätten noch immer mehr Autos auf den Strassen als heute. Es geht nicht nur um die Stadt. Auch ausserhalb der Stadt gibt es ein Wachstum. Wir stellen uns gerne als beste Stadt dar und müssen damit rechnen, dass Leute von Ausserhalb in die Stadt kommen. Es werden nicht alle mit dem öffentlichen Verkehr anreisen. Die Anzahl Autos wird also steigen. Wenn der oberirdische Verkehr funktionieren soll, kann die Kapazität des motorisierten Individualverkehrs nicht reduziert werden. Es*

handelt sich um eine realistische Grösse, die wir einbringen wollen. Wir gehen nun einmal von 500 000 Einwohnern aus. Wir müssen darauf reagieren.

Patrick Hadi Huber (SP): Es ist nicht zielführend, die Kapazität des motorisierten Individualverkehrs ausdrücklich nicht verringern zu wollen. Dadurch würden nämlich die anderen Varianten des Verkehrs nicht mehr gefördert. Dies steht so in der Gemeindeordnung, dies kann nicht gestrichen werden.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsanträge 58 und 59:

Roger Liebi (SVP): Zum Antrag 58: Im Richtplan wird geschrieben, die Anzahl Velofahrten solle bis 2025 verdoppelt werden. Was passiert, wenn diese sich nicht verdoppeln? Was passiert, wenn die Leute nicht Velofahren wollen? Ich verstehe nicht, wie mit solchen Zahlen um sich geworfen werden kann, ohne sich Gedanken über die Umsetzung im Fall des Nichteintreffens zu machen. Deshalb sind wir dafür, dass die Velofahrten zunehmen. Dies ist wenigstens realistisch. Die Festlegung auf die Zahlen im Richtplan ist in dieser Absolutheit nicht realistisch.

Marco Denoth (SP): Grundsätzlich wäre Velofahren gesund. Wir haben bereits in der Kommission darüber gesprochen, der Richtplan ist für die Behörden verbindlich. Der Stadtrat und die Verwaltung müssen Velofahren. Es ist eine Vision. Wir sind davon überzeugt, dass sich die Velostadt Zürich entwickeln muss. Die Bevölkerung in Zürich nimmt zu, deshalb können die Leute auch mehr Velofahren. Vielleicht sind das Leute, die sich kein Auto oder Billet für den öffentlichen Verkehr leisten können. Wir finden es sinnvoll, eine Verdoppelung als Mindestziel festzuschreiben. Sollte die Verdoppelung nicht erreicht werden, können wir überlegen, was wir tun wollen.

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): Die Begründung für den Stadtrat ist untergegangen. Die Minderheit ist der Ansicht, dass die Verdoppelung der Velofahrten als Ziel im Richtplan genannt werden kann. Sie ist nicht im Bereich der Massnahmen aufgeführt. Wir lehnen die Einführung des Zieles als Mindestziel ab. Dies geht nicht auf. Das Mindestziel des Ziels ist ein Oxymoron.

Änderungsantrag 55 zu Kap. 4.1.1 Ziele / a) Hoher Anteil an öffentlichem, Fuss- und Veloverkehr

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Dabei wird der Anteil des ÖV auf mindestens 45 Prozent am Gesamtverkehr erhöht. Zudem werden auch die Anteile des Velo- und des Fussverkehrs möglichst erhöht.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu.

Änderungsantrag 56 zu Kap. 4.1.1 Ziele / c) Kapazität für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

c) Kapazität für den motorisierten Individualverkehr nicht ~~erhöht~~ verringert

[...]

Der Transitverkehr wird vom Stadtgebiet ferngehalten und über das umliegende Nationalstrassennetz geführt. ~~Bei Neu- und Ausbauten, die lokal Kapazitätserhöhungen zur Folge haben können, wird die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Verkehr nicht erhöht.~~

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 47 Stimmen zu.

Änderungsantrag 57 zu Kap. 4.1.2 Karteneinträge und Tabelle 4.2 Geplante Infrastrukturen Strassenverkehr

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Gewichtung in der Strassenprojektierung ist folgendermassen anzupassen: Führt eine Haupt- oder Komfortroute gemäss Masterplan Velo durch eine Strasse, erhält das Velo das grösste Gewicht bzw. erscheint das Velo in Tabelle 4.2 an erster Stelle.

Mehrheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Marco Denoth (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Marco Denoth (SP) zieht den Antrag namens der SP-Fraktion zurück.

Änderungsantrag 58 und 59 zu Kap. 4.5.1 Ziele / a)

Der Ratspräsident bringt die Anträge 58 und 59 gleichgerichtet zur Abstimmung.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung (Antrag 58):

a) ~~Verdoppelung~~ Zunahme der Anzahl Velofahrten

~~Bis im Jahr 2025 verdoppelt sich die Anzahl der Velofahrten.~~ Die Velofahrten nehmen zu. Dadurch steigert sich der Anteil der mit dem Velo zurückgelegten Wege am Gesamtverkehr, und die anderen Verkehrsträger können allenfalls entlastet werden.

Mehrheit: Marco Denoth (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung (Antrag 59):

a) Verdoppelung der Anzahl Velofahrten

Bis im Jahr 2025 verdoppelt sich die Anzahl der Velofahrten als Mindestziel. Dadurch steigert sich der Anteil der mit dem Velo zurückgelegten Wege am Gesamtverkehr, und die anderen Verkehrsträger können entlastet werden.

Mehrheit: Marco Denoth (SP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (Antrag 59)	73 Stimmen
Antrag Minderheit (Antrag 58)	22 Stimmen
Antrag Stadtrat	<u>27 Stimmen</u>
Total	122 Stimmen
= absolutes Mehr	62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 95, Beschluss-Nr. 1792/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 1. April 2016, 14.15 Uhr.